

Änderungsantrag Nr.

TE113

Beantragt von

[Boris Tourovsky](#)

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Digitales Zeitalter

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Dieser Antrag ist Teil eines modular aufgebauten Antrags. Die restlichen Teile finden sich hier: [1](#), [3](#), [4](#)''

Es wird beantragt, dem Grundsatzprogramm den Punkt "Vereinfachung der Geschäftsabwicklung im Internet" bzw., falls der Antrag "Rechtssicherheit im Internet 1" angenommen wurde, dem Punkt "Rechtssicherheit im Internet" einen Unterpunkt "Vereinfachung der Geschäftsabwicklung im Internet" mit folgendem Wortlaut hinzuzufügen:

Vor der Verbreitung des Internets waren Handelsbeziehungen mit ausländischen Partnern einer begrenzten Gruppe von (vorwiegend großen) Unternehmen vorbehalten. Dies verursachte eine entsprechende Regulierung durch den Gesetzgeber, die heute veraltet ist. Immer mehr Menschen beteiligen sich am sogenannten „Außenhandel“. Sowohl Verbraucher als auch kleine Unternehmer nutzen die Möglichkeit über das Internet Waren und Dienstleistungen zu kaufen und zu verkaufen. Diese Entwicklung erhöht die wirtschaftliche Wechselwirkung mit ausländischen Partnern insbesondere bei Kleinst- und Kleinunternehmen und sollte durch eine signifikante Vereinfachung der gesetzlichen Regelungen für diese Unternehmen gefördert werden.

Internetbasierte Zahlungssysteme erfreuen sich bei unterschiedlichen Transaktionen immer größerer Beliebtheit und sind bei reinen Internetgeschäften im Zahlungsverkehr oftmals bereits gängiger im Vergleich zu "klassischen" Zahlungsarten wie Wechsel, Schecks, Überweisungen oder Kreditkartenzahlungen. Die rechtlichen Aspekte dieser Zahlungen sind allerdings weitgehend obskur, sodass z.B. die Meldung von Ausgaben oder Einnahmen, die über solche Zahlungssysteme abgewickelt werden, aus steuer- wie handelsrechtlicher Sicht nicht problemlos abzuwickeln ist. Es müssen sichere Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Zahlungsverkehr mithilfe internetbasierter Zahlungssysteme regulieren und zugleich deren rechtlich bedenkenfreie Nutzung ermöglichen. Auch die Pflicht zur Rechnungsstellung muss aufgrund der Entwicklung von immer neuen Kommunikationsformen und -medien reformiert und angepasst werden.

Begründung

Die Verbreitung des Internets öffnet auch für Erwerbstätigkeit ganz neue Perspektiven, die gefördert und genutzt werden sollten. Wie in vielen anderen Bereichen auch hinkt hier aber die Gesetzgebung stark hinterher. Während es technisch kein Problem darstellt, einen Auftrag von einem US-amerikanischen Kunden über Skype auszuhandeln, mit Webmoney bezahlt zu werden und diese dann für die Bezahlung eines ukrainischen Freelancers (von dem man nur den Nick und die ICQ-Nummer kennt) für die Betreuung der eigenen Webseite einzusetzen, ist die ordnungsgemäße Verbuchung der Vorgänge ein schlichter Grusel – und das muss geändert werden.